

## V2 Gegen jeden Antisemitismus! - Nein zur BDS Kampagne

Antragsteller\*in: Tizian Optenberg, Anne Kämmerer  
Tagesordnungspunkt: 12. Verschiedene Anträge

### 1 Antisemitismus in Sachsen

2 "Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit  
3 die Opfer gewesen sind." Laut dem Sachsen Monitor aus dem Jahr 2017 stimmen  
4 dieser Aussage 16% aller in Sachsen lebenden Menschen zu. Im Jahr zuvor waren es  
5 noch 25%.

6 Antisemitische Argumentationsmuster sind seit jeher ein Phänomen, das sich durch  
7 alle Teile unserer Gesellschaft zieht. Sie finden sich im linken politischen  
8 Spektrum ebenso wieder wie in christlichen oder muslimischen Kreisen. Gerade  
9 durch das Erstarren von Rechten, nimmt auch der Hass gegen Jüd\*innen zu. Das  
10 Präsidium der jüdischen Gemeinde Sachsen bezeichnete es nach der Bundestagswahl  
11 2017 als "äußerst alarmierend", dass die AfD in vielen Wahlkreisen Sachsens die  
12 meisten Stimmen erhielt. Antisemitische Hetze entlädt sich immer wieder in der  
13 Beschädigung jüdischer Einrichtungen und der Bedrohung von Jüd\*innen.  
14 Kindertagesstätten und Schulen stehen unter Polizeischutz.

### 15 BDS Kampagne

16 Antisemitismus hat viele Facetten. Zum Ausdruck kommt dieser unter anderem in  
17 der international angelegten BDS Kampagne, was abgekürzt für „Boycott Divestment  
18 Sanctions“ steht. Diese versucht Israel international zu delegitimieren und zu  
19 diskreditieren, indem sie einseitig dem Staat Israel die Schuld für die  
20 Konflikte der Region zuweist. Die akute Bedrohung des einzigen demokratischen  
21 Staates im Nahen Osten, beispielweise durch die Terroranschläge der Hamas die  
22 nach wie vor die Existenz Israels bekämpfen, wird dabei verleugnet.

23 Mit der Forderung eines Boykotts israelischer Waren erneuert die BDS Kampagne  
24 die Parole „kauft nicht bei Juden“ und lässt mit der Aufforderung Geschäfte mit  
25 israelischen Produkten zu markieren, Erinnerungen an den Nationalsozialismus  
26 wach werden. Neben Händler\*innen sind auch Menschen aus dem wissenschaftlichen  
27 oder künstlerischem Bereich betroffen. So zielt die Kampagne darauf, israelische  
28 Wissenschaftler\*innen bei bevorstehenden Veranstaltungen wieder auszuladen oder  
29 gar nicht erst einladen zu lassen.

30 Wir als GRÜNE JUGEND bekennen uns seit jeher für eine offene Gesellschaft und  
31 gegen jeden Antisemitismus. Wir positionieren uns gegen alle Bestrebungen der  
32 BDS-Kampagne und lehnen eine Zusammenarbeit mit Organisationen, welche die  
33 Kampagne unterstützen oder ihre Ziele teilen, klar ab. Wir setzen uns für eine  
34 verstärkte Aufklärung über Antisemitismus und insbesondere die BDS Kampagne ein.

35 Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert die Partei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und ihre  
36 Gliederungen sowie Campusgrün und die parteinahen Stiftungen (Heinrich-Böll-  
37 Stiftung, weiterdenken, usw.) inklusive ihrer Auslandsbüros dazu auf, diesem  
38 Beispiel zu folgen.

## 39 Schluss

40 Der beschlossene Antrag soll auf der nächsten Landesdelegiertenkonferenz von  
41 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen im März 2018 durch die GRÜNE JUGEND eingebracht  
42 werden. Textstellen, die sich auf die GRÜNE JUGEND beziehen, sollen hierbei  
43 inhaltlich an die Partei angepasst werden.

## Begründung

Angriffe auf Jüd\*innen und antisemitische Schmierereien nehmen in Europa und auch in Deutschland kontinuierlich zu. Mit der AfD ist eine Partei nun sowohl im Bundestag als auch im Sächsischen Landtag vertreten, deren Mitglieder offen antisemitische Hetze verbreiten. Der Dresdner AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier sprach im Januar auf der selben Veranstaltung, auf der Bernd Höcke auch das Berliner Holocaust Mahnmal als Schande bezeichnete, davon die NS Aufarbeitung von einem "Schuldkult" endlich zu beenden.

Antisemitische Hetze, wie die Bezeichnung als „Christusmörder“, die sogenannte „Ritualmordlegende“ oder die Behauptungen Jüd\*innen würden Brunnen vergiften, die auf teils Jahrhunderte alte Vorurteile zurück greift, die auf den religiös geprägten Antijudaismus zurückzuführen sind, wird zunehmend mit dem Staat Israel und seinen Staatsbürger\*innen in Verbindung gebracht. Unter dem Deckmantel einer Kritik an der Regierungspolitik oder dem Handeln der israelischen Behörden werden nicht selten antisemitische Klischees verbreitet.

In der Europäischen Union wurde 2004 eine Arbeitsdefinition für antiisraelischen Antisemitismus entwickelt, welche in der Antisemitismusforschung einen Minimalkonsens darstellt. Die Kurzfassung dieser Arbeitsdefinition lässt sich mit den „drei Ds“: Delegitimation, Dämonisierung, doppelte Standards beschreiben.

Mit dem Ziel den Staat Israel zu delegitimieren wird beispielsweise der Prozess der Staatsgründung in einen rassistischen Willkürakt umgedeutet. Die Dämonisierung Israels zeigt sich beispielsweise, der auch in Deutschland zu hörenden Parole des „Kindermörder Israel“, die auf die antisemitische „Ritualmordlegende“ zurückgreift. Die Anwendung doppelter Standards in der Bewertung des Verhaltens des Staates Israels ist ebenfalls weit verbreitet. So wird das Verhalten des israelischen Militärs grundsätzlich anders bewertet, als das anderer Akteur\*innen im Nahostkonflikt. Reaktionen auf Terroranschläge, wie die gezielten Festnahmen Verdächtiger oder die Erwidern von Schüssen, des Weiteren in gleicher Weise verurteilt, wie palästinensische Terroranschläge selbst. Der demokratische Staat Israel wird als Regime oder als „Apartheitsstaat“ dargestellt. Und nicht zuletzt werden einer völkischen Logik folgend, sämtliche Jüd\*innen für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht. Dies zeigt sich auch bis hin zu Angriffen auf Synagogen oder koschere Restaurants.

Die BDS Kampagne findet vor allem im universitären und kulturellen Kontext Beachtung. Auf einer Veranstaltung des Instituts der Global and European Studies der Universität Leipzig, trat 2016 die Autorin Lori Allen auf und stellte nicht nur ihr Buch vor, sondern bewarb auch offensiv die BDS Kampagne. Daraufhin fasste der StuRa der Universität Leipzig einen Beschluss zur Verurteilung von antiisraelischen Kampagnen. Künstler\*innen, die in Israel auftreten wollen werden gezielt unter Druck gesetzt mit dem Ziel der Verhinderung des Auftritts, eines der Beispiele aus jüngster Vergangenheit betraf die neuseeländische Sängerin Lorde.

Gerade im Klima der Landtagswahlen 2019 ist es wichtig ein konsequentes Zeichen gegen Antisemitismus jeder Art zu setzen.

[http://www.salzborn.de/txt/2013\\_Kirche-und-Israel.pdf](http://www.salzborn.de/txt/2013_Kirche-und-Israel.pdf)

## Unterstützer\*innen

Johannes Brink (Mittelsachsen KV); Aaron Magnus Reichardt (Leipzig KV)